



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

92. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:40 Uhr bis 19:30 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 9

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 21 heute nicht zu behandeln.

1 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen 10

In Verbindung mit:

Corona-Testverfahren in Pflegeheimen und Umgang mit Besuchsrechten

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Einzelplan 11
Vorlage 17/3964 (Erläuterungsband)

– Einbringung durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und
Soziales (*s. Vorlage 17/4068; nachträglich erschienen*)

3 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 35

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und
seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

4 Wohnraumförderung der Landesregierung – Gestern noch am Abgrund, heute schon einen Schritt weiter? Der Niedergang des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen muss aufgehalten werden! 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8591 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/1118 (Anhörung vom 11.09.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen **39**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9348

Schriftliche Anhörung
des Innenausschusses
Stellungnahme 17/3013
Stellungnahme 17/3078
Stellungnahme 17/3090
Stellungnahme 17/3094
Stellungnahme 17/3156

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zu dem Antrag abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

6 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des digitalen Antragsassistenten „BAföG Digital“ **41**

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/11509
Vorlage 17/3997

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss hat den Entwurf zur Kenntnis genommen.

7 Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrügern endlich das Handwerk legen – Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden! **42**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8779

Ausschussprotokoll 17/1111 (Anhörung vom 09.09.2020)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, bereits in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Unsere Patientinnen und Patienten und unsere Pflegekräfte sind es wert – Eindämmung der Leiharbeit im Gesundheits- und Pflegebereich in Nordrhein-Westfalen!

44

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8784

Ausschussprotokoll 17/1125 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, bereits in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

9 Schlachthofbetreiber in die Verantwortung nehmen – Arbeitsverhältnisse endlich verbessern!

46

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9347

In Verbindung mit:

Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9362

Ausschussprotokoll 17/1130 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

- 10 Landesregierung muss endlich tätig werden – grenzüberschreitende Maßnahmen zwischen NRW und den Niederlanden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den vielen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern müssen auf den Weg gebracht werden!** 49

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9814

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Tableau mit Übersicht über die Stellungnahmen (s. Anlage 1)

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

- 11 Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** 50

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11162

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

- 12 Mit gutem Beispiel vorangehen – verantwortungsvoller Umgang mit Corona statt existentieller Panikmache!** 51

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11169

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

13 Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich 52

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/10919

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

14 Schulsozialarbeit in NRW neu strukturieren und Finanzierung dauerhaft sicherstellen! 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10640

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

15 Erste Hilfe und Wiederbelebung durch Laien stärken – Modellprojekt des Landes an Schulen als Regelangebot fortsetzen – Apps zur Ersthelferalarmierung weiter verbreiten 54

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10738

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

16 Nein! Zum Sexkaufverbot des Nordischen Modells – Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben 55

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10851

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

17 Die Verfahrensbeschleunigung beim Windindustriearausbau belastet Grundstückeigentümer und führt zu unkalkulierbaren Gesundheitsrisiken – Der Entwurf des Investitionsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung belastet Mensch und Natur 56

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10854

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

18 Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen, Einrichtungen der Öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* 57

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4013

– Wortbeiträge

- 19 Medizinische Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB) in NRW** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]) **59**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4008

– Wortbeiträge

- 20 Zukünftige Ausrichtung der Arbeitsschutzverwaltung NRW** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]) **60**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4012

– Wortbeiträge

- 21 Aktuelle Beschäftigungssituation von schwerbehinderten Menschen in der Landesverwaltung** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]) **62**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4049

– wird nicht behandelt

- 23 Verschiedenes** **63**

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Einzelplan 11
Vorlage 17/3964 (Erläuterungsband)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) trägt vor:

Sieht man sich den Haushaltsplan des MAGS an, stellt man zunächst fest, dass dessen Haushaltsvolumen von rund 6,4 Milliarden Euro auf 7,58 Milliarden Euro steigt. Da denkt man zunächst: Mein Gott, wie viel Geld haben wir? – Dazu muss man dann aber sagen, dass allein 1 Milliarde Euro damit zusammenhängt, dass die Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung vom Bund um 25 % erhöht worden sind und dieses Geld bei uns sozusagen rein-, aber auch wieder rausgeht. Deswegen hat sich an der Grundstruktur unseres Haushaltsplans eigentlich nichts geändert.

Wir haben einen Förderbereich von insgesamt 284 Millionen Euro. Das sind gerade einmal 3,7 % des MAGS-Haushalts. Das übrige Geld liegt im Grunde fest durch gesetzliche Ansprüche oder feste Förderungen.

Natürlich haben wir weiterhin klare Schwerpunkte, die wir aus den letzten Jahren fortführen. Der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ stehen rund 14 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem haben wir für Ausbildungsprogramme, Werkstattjahr usw. rund 20 Millionen Euro Landesmittel und ESF-Geld eingeplant. Dahinter steckt natürlich, dass wir am 30.09.2020 ca. 83.550 abgeschlossene Ausbildungsverträge hatten. Das sind 14 % weniger als letztes Jahr. Im Ausbildungskonsens hatten wir abgemacht, dass all diejenigen, die noch bis Ende Januar eine Lehrstelle finden, quasi keine Zeit verlieren und im ersten Lehrjahr anfangen. Wir haben aber auch abgemacht, dass wir dann – ich denke, wir haben den Termin für Mitte Januar abgesprochen – unter Umständen auch noch mal sehen müssen, ob wir an der einen oder anderen Stelle mit Programmen regional in bestimmten Gebieten Ausbildungsprogramme starten müssen. Ich will auf gar keinen Fall, dass junge Leute wegen Corona keine Berufsausbildung bekommen.

Wir haben in dem Haushalt Gott sei Dank eine Lösung für die Berufseinstiegsbegleitung. Das haben wir jetzt durchfinanziert. Sie wissen, dass die Schulsozialarbeit nicht mehr in unserem Haus zu finden und in den Haushalt des Schulministeriums gewandert ist. Das ist, wie ich finde, aufgrund der dortigen Entwicklung richtig.

Für das nächste Jahr haben wir für die Berufseinstiegsbegleitung 9,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das baut sich im Endausbau auf jährlich 30 Millionen Euro auf, und ist im Haushalt so in der Mittelfristigen Finanzplanung eingestellt worden.

Für den Bereich „Investitionsförderung in Werkstätten“ oder auch „Ausbildungsprogramme für behinderte Jugendliche“ usw. stehen in diesem Haushalt wie auch im letzten 7,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Für die Projekte im Bereich „Transformation und Digitalisierung“, die wir teilweise zusammen mit den großen Gewerkschaften durchführen, stehen ebenfalls wie im letzten Jahr 3 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben 6,8 Millionen Euro für Hilfen bei prekärer Beschäftigung und für Arbeitslose, also die Arbeitslosenzentren.

Wie auch in den letzten Jahren haben wir im Haushalt 8 Millionen Euro für die Modernisierung der beruflichen Bildung mit den Eigenanteilen, die zum Beispiel die Handwerkskammern und der Bund dazugeben. Jeder Landeseuro bringt ja drei Bundeseuro. Die Investitionen liegen bei ca. 40 Millionen Euro jährlich, um auch die überbetrieblichen Ausbildungsstätten Schritt für Schritt neu zu bewerten.

In diesem Haushalt sind Gott sei Dank auch Stellen für die Bezirksregierung Münster enthalten, die sich mit dem Thema „Berufsanerkennung“ beschäftigt; denn die Fachkräfteeinwanderung insbesondere im Gesundheitsbereich ist mittlerweile ein Massengeschäft geworden. Ich sage Ihnen: Bei den Heilberufen mit Approbation hatten wir in den letzten zwölf Monaten 1.911 Anerkennungsverfahren. Allein im Pflegebereich haben wir 4.300 Anerkennungsverfahren durchgezogen. – Das sind in der Regel ausländische Pflegekräfte, die hier bei uns in Deutschland arbeiten. Ich bin froh, dass wir diese Stellen nun haben, um die Berufsanerkennung mit modernsten Digitalisierungsmaßnahmen professionell durchzuführen. Es bringt ja nichts, dass nur immer mehr darüber geredet wird, wie wir die Pflegekräfte im Ausland anwerben; denn letzten Endes müssen dann auch die Berufsanerkennungsverfahren mit einer gewissen – wenn ich das mal so sagen darf – Effektivität laufen, damit das nicht wochenlang hin und her und nicht weiter geht.

Das ist natürlich auch bei den ärztlichen Berufen so. Da gibt es zunehmend das Phänomen, dass es sich um hiesige Studierende handelt, die aber im Ausland studiert haben. Da gibt es aber zum Beispiel das Problem, dass Rumänien und Polen ihre Systeme so verändert haben, dass die Studierenden dort nun nicht mehr so leicht zur Approbation kommen. Nun müssen wir schauen, wie wir diese Leute in unser Gesundheitssystem integrieren können. Da gibt es noch ein paar Herausforderungen, in Bezug auf die wir uns zurzeit in Gesprächen mit der Universität in Münster befinden, die vielleicht die Approbation für diese Studierenden nach nordrhein-westfälischem bzw. deutschem Recht erteilt.

In diesem Haushalt haben wir einen erheblichen Zuwachs beim Arbeitsschutz. In der Pandemie brauchen wir diesen sehr stark – zum Beispiel in den Bereichen „Fleischindustrie“, „prekäre Beschäftigung“, „Wohnsituationen von Saisonarbeitern in der Landwirtschaft“ und „stärkere Kontrollen von Paketdiensten“. Wir müssen den Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen ausbauen. Ich bin sehr froh darüber, dass

wir für das Haushaltsjahr 2021 weitere 100 Arbeitsschützer in Nordrhein-Westfalen einstellen werden – wir können sie nicht direkt einstellen, sondern müssen sie zunächst einmal 15 Monate lang ausbilden. Arbeitsschützer sind in der Regel ja Leute mit Bachelorabschluss oder abgeschlossener Berufsausbildung, die dann 15 Monate lang zu, wie man sie früher nannte, Gewerbeaufsichtsbeamten ausgebildet werden. Wir können jedenfalls diese Stellen dort schaffen und brauchen einen Aufwuchs beim Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen – vor allem im Bereich der prekären Beschäftigung.

In diesem Zusammenhang muss natürlich auch berücksichtigt werden, wie wir den Arbeitsschutz organisatorisch aufstellen. Das Ministerium führt natürlich mit dem Innenminister, aber auch mit den Bezirksregierungen Gespräche darüber. Auch diesbezüglich müssen wir zu einer Stärkung des Arbeitsschutzes kommen. Die Situation ist, wenn ich das mal sagen darf, so, dass der Arbeitsschutz in manchen Dezernaten eigentlich nichts anderes als ein Anhängsel des Umweltschutzes mehr ist. Die Dezernatsleitungen sind bei allen bis auf eine Bezirksregierung im Umweltbereich angesiedelt. In der Regel gibt es vier oder fünf Stränge Umwelt und zwei Stränge Arbeitsschutz. Wir müssen also auch inhaltlich eine Stärkung des Selbstverständnisses des Arbeitsschutzes angehen. Ich will Lösungen finden, die den Einfluss von LIA.nrw und MAGS auf den operativen Arbeitsschutz in gewissem Maße erhöhen, die aber nicht unnötig Strukturen verändern. Das sage ich hier ausdrücklich, und das werden wir in den nächsten zwei oder drei Wochen voreinander haben, sodass wir den Ausschuss informieren können, wie das läuft. In diesem Haushalt stehen deswegen auch rund 4 Millionen Euro zur Verfügung, um zum Beispiel den Arbeitsschutz stärker zu digitalisieren und mit neuester Computertechnik, Laptops und anderen Dingen auszustatten, die dort in teilweise keinen sehr modernen Zustand haben. Da kann man ganz klar sagen: Die Pandemie hat auch sehr deutlich gemacht, dass der Arbeitsschutz in keinem guten Zustand ist. In der Politik gibt es immer Zeitfenster. Jetzt gab es das Zeitfenster, um durchsetzen zu können, dass das besser wird. Ich denke, dieses Zeitfenster hat es für viele Sozial- und Arbeitsminister in den letzten Jahren nicht so sehr gegeben. Da war man froh, wenn man in dem Bereich mal 20 oder 30 Stellen dazubekommen hat. Wir müssen da aber stärker werden.

Ich will auch nicht verhehlen, dass wir für den Arbeitsschutz eine Gebührenordnung einführen werden. Es ist ja nicht einzusehen, dass wir die Leute auf den Schlachthöfen haben, weil es gar nicht mehr anders geht, und all das Aufgabe des Staates ist. Wenn jede Lebensmittelkontrolle über eine Gebührenordnung finanziert wird, dann kann man natürlich auch beim Arbeitsschutz über eine Gebührenordnung nachdenken – was wir auch tun. Ich habe den Innenminister, der für Gebührenordnungen zuständig ist – dafür ist nicht der Arbeitsminister zuständig –, gebeten, eine solche Gebührenordnung zu erstellen.

Das mit der Landarztquote läuft gut. Wir haben ungefähr zehnmal so viele Bewerbungen auf die Studienplätze, die wir anbieten. Im Ganzen haben wir in diesem Bereich bis jetzt 319 Bewerberinnen und Bewerber eine Hochschulzulassung erteilt.

Wir haben das Hausärzteprogramm. Das ist ja mittlerweile schon ein Oldtimer in unserem Haushalt. Die Mittel dort laufen gut ab. Da stehen wie immer diese 2,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben 6,8 Millionen Euro für Telemedizin. Für das Virtuelle Krankenhaus, das auch jetzt bei Corona wieder sehr viel stärker angefragt wird, stehen 3,6 Millionen Euro zur Verfügung. Ich sehe das Virtuelle Krankenhaus wirklich als einen Schwerpunkt der Digitalisierungsoffensive des Landes im Bereich des Gesundheitsschutzes.

Natürlich kommt das Thema „Öffentlicher Gesundheitsdienst“ auf uns zu. Sie wissen, dass der Bund Mittel in erheblichem Umfang zur Verfügung stellt, um den öffentlichen Gesundheitsschutz in Deutschland zu stärken. Sie können davon ausgehen, dass von den zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene grundsätzlich ungefähr ein Fünftel nach Nordrhein-Westfalen kommt. Wir haben aber auch in unserem Haushalt 43 Millionen Euro für diesen Bereich eingeplant.

Der Kinderschutz. Jeder weiß, dass das ein Thema ist, das nun einmal so ist, wie es ist. Dafür stehen erhebliche Mittel zur Verfügung. Wie fördern alle Kinderschutzambulanzen in Nordrhein-Westfalen ja schon seit letztem Jahr mit einer Pauschale. Damit erhalten Kinderschutzambulanzen erstmalig Geld vom Land.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben außerdem das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW, das wir zusammen mit der Kinderklinik Datteln – für die medizinische Seite – und der Gerichtsmedizin der Universitätsklinik in Köln betreiben. Da gibt es eine sehr gute Inanspruchnahme über die Kinderärzte, wie es meines Wissens hier im Ausschuss letztes auch einmal dargestellt worden ist.

Ich nenne die Zahlen: Für 2021 stehen 200 Millionen Euro, für 2022 350 Millionen Euro, für 2023 500 Millionen Euro, für 2024 600 Millionen Euro, für 2025 700 Millionen Euro und für 2026 750 Millionen Euro für die Erneuerung des ÖGD, also des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, zur Verfügung – jeweils etwa ein Fünftel davon für Nordrhein-Westfalen –, sodass wir in den nächsten Jahren wohl zu einer erheblichen Stärkung des öffentlichen Gesundheitsschutzes kommen.

Die Gesundheitsberufe – das war mir ein großes Anliegen. Sie wissen, dass wir zu Beginn dieser Wahlperiode beschlossen haben, 70 % der Schulkosten zu übernehmen. Damit hat das Land zum ersten Mal überhaupt Verantwortung für das Schulgeld in den Gesundheitsberufen übernommen. Ich will, dass dieses Jahr das Schulgeld komplett entfällt. Die Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt, sodass das Land Nordrhein-Westfalen dann 100 % des Schulgelds in den Gesundheitsberufen übernehmen wird. Außerdem können wir auch die Schulen finanzieren, um in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Assistenzausbildung stärker in die Ausbildung einzusteigen. Wenn man um das Rothgang-Gutachten und viele andere Dinge weiß, dann weiß man auch, dass die Assistenzberufe in der Pflege eine große Rolle spielen.

Die Pflegekammer ist natürlich weiter durchfinanziert.

Es folgt der große Bereich „Krankenhäuser“. Das will ich ganz kurz halten. Im Grunde genommen haben wir weiterhin die 564 Millionen Euro Pauschalförderung. Diese ist um 6 Millionen Euro erhöht worden. Im Haushalt ist es immer so, dass ein gewisser Inflationsausgleich dazukommt. Wir haben in diesem Bereich weiterhin eine Einzelförderung in Höhe von 100 Millionen Euro. Dieses Jahr haben wir diese 100 Millionen Euro ja sehr stark eingesetzt, um Pflegeschulen, die mit Krankenhäusern verbunden sind, zu unterstützen. Außerdem gibt es ja sehr viele Krankenhausstrukturfonds. Für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser werden im nächsten Jahr auf jeden Fall allein mit Landesmitteln und den Strukturfondsmitteln – diese müssen immer mit 50 % Landesgeld gegenfinanziert werden – neben der Pauschale rund 900 Million Euro an Strukturförderungen erhalten. Das ist natürlich auch ein Teil dessen, wie wir die Krankenhausplanung mit diesen Strukturfördermitteln teilweise umsetzen und ergänzen wollen.

Im Bereich „Soziales“ ist natürlich klar, dass „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ weiter mit 6 Millionen Euro finanziert wird.

Die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ wird weiter in vollem Umfang finanziert. Ich finde es schon sehr schön, dass es uns in den letzten Monaten gelungen ist, über diese Scouts rund 250 Wohnungen für obdachlose Menschen in unseren Städten zu gewinnen, und obdachlose Menschen diese Wohnungen dann auch bezogen haben. Dadurch haben immerhin 440 Menschen eine Wohnung bekommen. Das Programm schlägt also schon an. Sie wissen, dass dafür die etwa 7 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die „Kümmerer-Projekte“, die uns diese Erfolge bescherten, schlagen mit 3 Millionen Euro zu Buche. Dann haben wir natürlich auch – das braucht man immer – bestimmte Kältehilfen vorgesehen, damit wir, falls die Situation eintreten sollte, wieder in der Lage sind, obdachlosen Menschen zu helfen. Allein im letzten Jahr haben wir 850.000 Euro in den Bereich der Kältehilfen – Schlafsäcke und ähnliche Dinge – investiert, was zu diesen Jahreszeiten auch notwendig war.

Der Inklusionsscheck wird wie im letzten Jahr in vollem Umfang mit 600.000 Euro weiterfinanziert.

Die Sicherung der Mobilität der behinderten Menschen. Das sind die Zuschüsse, die die Verkehrsbetriebe für diejenigen erhalten, die verbilligt öffentliche Verkehrsmittel nutzen und die pauschale Kfz-Steuerbefreiung nicht in Anspruch nehmen – das muss ja vom Land bezahlt werden –, stehen weiterhin Mittel in Höhe von 87,5 Million Euro zur Verfügung.

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege erhalten rund 6 Millionen Euro aus der Zuwendungs- und Transparenzvereinbarung und 24 Millionen Euro aus den Lottomitteln.

Das sind die wesentlichen Eckpunkte des MAGS-Haushalts. Ich freue mich auf eine Diskussion über den Haushalt auch im Ausschuss. Fragen sind wir in der Lage, durch die Abteilungsleitungen bis ins Detail zu beantworten. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vorsitzende Heike Gebhard erläutert, man habe vereinbart, dass die Fraktionen bis morgen schriftlich die Fragen einreichen, die dann an das Ministerium weitergegeben würden, sodass in der Sitzung am 5. November 2020 die Antworten dazu vorlägen und sachgemäß geklärt werden könnten.

Sie erkundige sich nach der Verortung der vom Minister angekündigten 100 zusätzlichen Stellen für den Arbeitsschutz im Haushalt, da das Ministerium des Innern in der heute durchgeführten Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses dazu keine Auskunft habe erteilen können, woraufhin **Minister Karl-Josef Laumann (MAGS)** zu verstehen gibt, er könne die Frage momentan noch nicht beantworten.

(Siehe auch Wortbeiträge zu TOP 20 zu dieser Frage)